

## **Erklärung der DFG-VK NRW zur Entwicklung im Ukraine-Konflikt (Aktualisierung vom 24.2.)**



Russland hat mit Angriffen auf die Ukraine begonnen. Diese kriegerischen Aktivitäten verurteilen wir entschieden! Wir fordern sofortige Verhandlungen auf Ebene der UNO und der OSZE mit dem Ziel, zu einem Waffenstillstand zu kommen.

Die aktuellen Ereignisse sind bisheriger Höhepunkt einer Folge von militärischen Drohgebärden auf beiden Seiten. Nachdem schon in den letzten Tagen die USA zwei der riesigen B-52-Atom Bomber nach Europa beorderte, führten zuletzt auch Russland und Belarus ein Atomkriegsmanöver durch. Die NATO erhöhte die Einsatzbereitschaft ihrer 13.000 Mann starken Eingreiftruppe NRF, zu der auch Bundeswehr-Einheiten gehören. In Belarus wurde das dortige Manöver von russischen und belarussischen Truppen verlängert. In der Ukraine nahmen die Kampfhandlungen an der Grenze zu den abtrünnigen Gebieten zu. Die Gefahr eines Krieges ist deutlich gewachsen! Die Anerkennung der abtrünnigen Ukraine-Regionen durch Russland folgt dem historischen Beispiel der Anerkennung des abtrünnigen Kosovo durch NATO und EU nach 2008. Beide sind völkerrechtlich fragwürdig.

Bei der so genannten Münchener Sicherheitskonferenz war von Sicherheit nichts zu hören, stattdessen wurden auch dort die verbalen Eskalationen vorangetrieben. Statt deutliche Signale an Russland zu senden, dass man zu Verhandlungen mit substanziellen Ergebnissen bereit ist, dass man über Entflechtung von Truppen und Rüstungsbegrenzungen sprechen möchte, kamen nur allgemeine Aussagen zur Bereitschaft zur Diplomatie. Vor allem fehlte die Erklärung, über ein europäisches Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands verhandeln zu wollen.

Angesichts des Tötens in der Ukraine fordern wir deutlich die Rückkehr zur Diplomatie! Von der russischen Regierung fordern wir die Einstellung der Kampfhandlungen! Von der deutschen Regierung fordern wir, sich nun nicht zu militärischen Schritten hinreißen zu lassen, etwa die Lieferung von Waffen an die Ukraine oder die Entsendung weiterer Bundeswehr-Einheiten nach Osteuropa. In Erinnerung an die Entspannungspolitik der 70er und 80er Jahre ist die deutsche Regierung vielmehr aufgefordert, Initiativen für Verhandlungen zu starten. Ziel müssen Sicherheitsgarantien für die Ukraine aber auch die Wahrung der Sicherheitsinteressen Russlands sein. Wir brauchen ein Sicherheitssystem für ganz Europa!

"Entspannungspolitik jetzt! Frieden in Europa! Krieg ist keine Lösung!" Unter diesem Motto rufen wir für Freitag den 25.2. zu einer überregionalen Friedenskundgebung um 17 Uhr in Düsseldorf auf dem Bertha von Suttner Platz auf. Es sprechen Andrej Hunko (MdB Die LINKE), Serdar Yüksel (MdL SPD), Bernhard Trautvetter (Essener Friedensforum), Joachim Schramm (DFG-VK NRW). Mehr unter [www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)

**Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte Kriegsdienstgegner NRW**

Braunschweiger Str. 22

44145 Dortmund

[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)